Auskunftspflicht der Grundstückseigentümer.

Aus der Kommission des Abgeordnetenhauses.

Die Abgeordnetenhauskommission zur Vorberatung des Entwurfs eines Schätzungsamtsgesetzes nahm am Freitag ohne wesentliche Erörterungen die §§ 9, 10, 10a und 11 an, die nur redaktionelle Änderungen erfuhren. Diese Paragraphen enthalten Vorschriften über die Betätigung der Schätzer in ihrer amtlichen Eigenschaft und zählen die Fälle auf, in denen ein Mitglied des Schätzungsamtes von der Teilnahme an dessen Verrichtungen ausgeschlossen ist, oder in denen es wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden kann.

Eine längere Debatte zeitigte erst wieder der § 12, der den staatlichen und kommunalen (kommunalständischen) Behörden die Pflicht auferlegt, dem Schätzungsamt nach näherer Vorschrift der Ausführungsbestimmungen die Einsicht von Büchern, Akten, Urkunden usw. zu gestatten und auf Ersuchen Abschriften aus diesen, sowie sonstige Auskünfte zu erteilen. In erster Lesung hatte die Kommission hierzu einen Zusatz beschlossen, wonach der Eigentümer, Pächter und deren Stellvertreter verpflichtet sind, dem Schätzungsamt Auskunft über alle für den Wert des Grundstücks wesentlichen Tatsachen zu erteilen und die hierauf bezüglichen Urkunden vorzulegen.

Nach Ablehnung zahlreicher Abänderungsvorschläge, die u. a. die Einführung des Eideszwangs vorsahen, nahm die Kommission den § 12 in der Fassung der Regierungsvorlage mit folgendem Zusatz an:

Der Besitzer des zu schätzenden Grundstücks oder sein Stellvertreter sind verpflichtet, dem Schätzungsamt nach bestem Wissen und Gewissen über die für die Ermittlung des Grundstückswertes wesentlichen Tatsachen Auskunft zu erteilen und solche Tatsachen betreffenden Urkunden vorzulegen. Im Weigerungsfalle verlieren sie das Beschwerderecht gegen die ergangene Schätzung.

Mit Rücksicht darauf, daß zu § 13 (Oberschätzungsamt Groß-Berlin) neue Anträge gestellt sind, die weitläufige Auseinandersetzungen hervorrufen dürften, vertagte sich die Kommission auf Dienstag abend.